

**Stellungnahme
des DGB Bezirks Nordrhein-Westfalen und
des GEW Landesverbandes Nordrhein-Westfalen**

**zum Verordnungsentwurf zur Einführung der Fächer Wirtschaft
und Informatik an allen Schulformen und zur Änderung von Aus-
bildungs- und Prüfungsordnungen gem. § 52 Schulgesetz NRW**

im Rahmen der Verbändebeteiligung

Düsseldorf, 08.01.2020

1. Ausgangslage

Der Entwurf sieht eine Einführung der Fächer Wirtschaft und Informatik an allen Schulformen in NRW vor. Dabei sind die Ausgangslagen der verschiedenen Schulformen bezogen auf die einzelnen Fächer hochgradig different. So ist das Fach Wirtschaft beispielsweise bisher Teil der Stundentafel der Hauptschule im Lernbereich Arbeitslehre, während es in der Realschule bisher nicht explizit in der Stundentafel abgebildet war. Allein schon aus diesem Grund muss genau betrachtet werden, inwiefern es sich überhaupt um eine Einführung des Faches oder eine Verschiebung von Lerninhalten handelt. Der Differenzierung muss im Einzelnen Rechnung getragen werden, indem nachfolgend nach den Schulformen unterschieden wird. Ein Problem bei genauer Begutachtung ist zu diesem Zeitpunkt das Fehlen von Kernlehrplänen, sodass die Stundentafeln nicht in Beziehung zu den Inhalten der einzelnen Fächer gesetzt werden könnten.

2. Allgemeine Bemerkungen zu den Fächern Informatik und Wirtschaft

2.1. Informatik

In den letzten Jahren haben digitale Endgeräte und Medien einen enormen Bedeutungsgewinn im Alltagsleben erfahren. Social Media Plattformen wie Facebook, Twitter und Instagram um nur einige zu nennen, sind zum Teil nicht mehr aus der Lebenswirklichkeit vieler Menschen wegzudenken. Gleichzeitig bietet das Internet die Möglichkeit an eine Fülle von Informationen zu kommen, die zuvor nicht ohne weiteres erreichbar waren. Das hat selbstverständlich Einfluss auf schulische Kontexte. Dass im Umgang mit digitalen Endgeräten in NRW noch viel Nachholbedarf besteht, hat die International Computer and Information Literacy Study (ICILS) mit Ergebnissen zum Jahr 2018 festgestellt. Die Studie testete dabei allerdings nicht Kompetenzen, die sich klassischerweise einem Fach Informatik zuordnen ließen, sondern es wurde dezidiert darauf verwiesen, dass es sich um fachübergreifende Kompetenzen handelt. Angesichts dessen und der Tatsache, dass digitale Endgeräte für Schüler*innen zur Lebenswelt dazugehören, stellt sich die Fragen, wozu es eines eigenen Faches bedarf. Aus den Ergebnissen der Studie ließe sich eher ableiten, dass eine fachübergreifende Medienbildung die adäquatere Lösung angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung wäre. Nicht zuletzt organisiert sich das Schulministerium mit der Einführung des Faches Informatik in vorhersagbaren Unterrichtsausfall bzw. Unterricht durch fachfremde Lehrkräfte. Schließlich gibt es deutlich zu wenig ausgebildete Informatik-Leh-

rer*innen. Wenngleich DGB NRW und GEW NRW grundsätzlich die Bestrebungen der Verbesserung informatischer Bildung begrüßen, muss die Frage gestellt werden, wieso das Ministerium nicht auf eine fachübergreifende Lösung setzt und damit dem Forschungsdesign der ICILS folgt.

Ebenfalls ist nach wie vor ungeklärt, mit welchen digitalen Endgeräten der Unterricht gestaltet werden soll. DGB NRW und GEW NRW sprechen sich gegen das Prinzip von „bring your own device“ im Schulbereich aus und fordern, dass entsprechende digitale Endgeräte gestellt werden.

2.2. Wirtschaft

Wie eingangs beschrieben handelt es sich bei dem Fach Wirtschaft um ein Fach, welches bisher schon Teil mancher Stundentafeln ist oder aber dort bisher nicht separat aufgelistet war. Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld hat zusammen mit seinem Kollegen Mahir Gökbudak in einer Studie ermittelt, dass in der Sekundarstufe I zwischen 17 und 20 Minuten Unterricht pro Schulwoche auf Politik entfallen und 41 bis 63 Minuten für Wirtschaft verwendet werden¹. Angesichts der bis zu dreimal so hohen Lernzeit für ökonomische Bildung gegenüber politischer Bildung muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass wirtschaftliche Themen und ökonomische Bildung auch mit den bisherigen Stundentafeln und Kernlehrplänen einen Großteil der sozialwissenschaftlichen Themen ausmacht – die Wissenschaftler der Universität Bielefeld sprechen für die Sekundarstufe I (abhängig von der Schulform) von 56 bis 69 Prozent der Zeit des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs für wirtschaftliche Themen und von 20 bis 28 Prozent für Politik. Es zeigt sich ganz eindeutig, dass Wirtschaft schon jetzt ein Thema im Unterricht ist und gegenüber politischen Themen rein quantitativ priorisiert ist. Aus diesem Grund stellt sich für den DGB NRW und die GEW NRW die Frage, wieso nicht verstärkt auf politische, aber auch auf historische Bildung gesetzt wird. Ökonomische Bildung ist aus Sicht von DGB NRW und GEW NRW unbestritten wichtig. Allerdings befürworten DGB NRW und GEW NRW eher ein interdisziplinäres Zusammenspiel der sozialwissenschaftlichen Fächer, um der Multidimensionalität von gesellschaftlichen Prozessen gerecht zu werden.

¹ Gökbudak, M./Hedtke, R. (2018): Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Didaktik der Sozialwissenschaften Working Paper 8. Bielefeld: Universität Bielefeld.

Selbst die US-Ratingagentur Standard & Poor's, die für gewöhnlich nicht im Verdacht steht, ökonomischen Themen gegenüber avers zu sein, hat in einer Studie herausgefunden, dass die Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten mit der höchsten Finanzbildung gehört.² Hinweise auf ein Fehlen ökonomischer Bildung geben die hier erwähnten Studien nicht; es stellt sich die Frage, was die empirischen und wissenschaftlichen Grundlagen für die Neuausrichtung im Bereich der sozial-wissenschaftlichen Fächer sind. Die von Seiten des Ministeriums dargestellte Dringlichkeit und letztlich die Schnelligkeit mit der das Ministerium nicht nur an Gymnasien zum Schuljahr 2019/20, sondern nun auch zum Schuljahr 2020/21 an den anderen Schulformen das Fach Wirtschaft einführen will, ist angesichts der Forschungslage nicht nachzuvollziehen – nicht ohne Grund trägt die Bielefelder Studie den Titel: „Wirtschaft gut – Politik mangelhaft“. Der Titel deutet sogar deutlich Defizite im Bereich der politischen Bildung an.

Genauso erstaunlich ist für den DGB NRW und die GEW NRW allerdings, dass sich das Ministerium in so einem parteipolitischen Prestigeprojekt derart entschlossen zeigt und demgegenüber bei Themen wie Besoldung, Lehrkräftemangel, Inklusion, Lehr- und Lernbedingungen weitaus weniger Veränderungswillen zeigt. Ähnliche Entschlossenheit wäre angesichts der alltäglichen Herausforderungen durchaus wünschenswert. Weder wird ein Fach Wirtschaft etwas an der engen Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, noch an der Belastung vieler Lehrer*innen ändern. Die Einführung des Faches Wirtschaft scheint daher vor allem eine Maßnahme für die parteipolitische Zielgruppe zu sein, anstatt sich an die betroffenen Personen zu richten: die Schüler*innen und Lehrer*innen.

² Klapper, L./Lusardi, A./van Oudheusden, P. (2015): Financial Literacy Around the World: Insights From the Standard & Poor's Ratings Services Global Financial Literacy Survey. URL: http://gflec.org/wp-content/uploads/2015/11/3313-Finlit_Report_FINAL-5.11.16.pdf?x87657 (zu-letzt am 17.12.2019).

3. Schulformspezifische Anmerkungen

Für die einzelnen Schulformen gestalten sich die Folgen des vorgelegten Entwurfes sehr different. Daher soll im Nachfolgenden gesondert auf die einzelnen Schulformen eingegangen werden.

3.1. Hauptschule

An der Hauptschule wird das Fach Informatik als Pflichtfach in den Jahrgängen 5 und 6 mit insgesamt zwei Stunden neu eingeführt. Die Möglichkeit des Wahlpflichtunterrichtes in höheren Klassen bleibt unberührt. Die Stundentafel im Anhang zu Artikel 1, Nummer 8, Anlage 1 weist für die Klassen 5 und 6 für das Fach Informatik zwei Stunden aus. Es besteht die Möglichkeit das Fach entweder in 5 und 6 mit einer Stunde oder ganz mit 2 Stunden in Klasse 6 zu unterrichten. Diese Option wird angesichts der Digitalisierung (Stichwort Digitalpakt) des schulischen Bildungsalltags und der weiterhin steigenden Bedeutung von digitalen Medien im Alltagsleben der Schüler*innen nicht als sinnvoll erachtet. Sinnvoller wäre es den konkreten Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I, also in Klasse 5, mit dem Fach Informatik zu gestalten, um so die Möglichkeiten, aber auch Regeln und Inhalte digitaler Medien den neuen Schüler*innen vertraut zu machen. Darüber hinaus wäre es auch sinnvoll, das Fach Informatik in den Stufen 9 und 10 unter besonderer Berücksichtigung des Übergangs Schule - Beruf anzubieten, um dem*der einzelne*n Schüler*in die Möglichkeit zu geben, sich vor dem Einstieg in eine Ausbildung mit den wichtigsten Grundlagen der Arbeit mit digitalen Medien vertraut zu machen, die in den Klassen 5 und 6 noch nicht zu vermitteln möglich sind.

In Artikel 1, Ziff. 3 wird die Möglichkeit eröffnet, dass Informatik als Wahlpflichtfach ab der Kl. 7 eingerichtet werden kann. Bei dem zunehmenden Mangel an Fachlehrern, der sich für das Fach Informatik an Hauptschulen sicherlich noch einmal besonders darstellen wird, besteht die Gefahr, dass das Angebot Informatik als Wahlpflichtfach anzubieten schwach ausgeprägt sein wird. Schon jetzt werden an Hauptschulen – wie eine kleine Anfrage der SPD Landtagsfraktion ergab [Drucksache 17/7957] – zwischen 36,4% und 44,6% des Unterrichts durch fachfremde Lehrkräfte erteilt. Diese Schieflage bestärkt eindeutig die soziale Spaltung. Hier bedarf es endlich effektiver Maßnahmen. Stattdessen ist zu befürchten, dass sich die Prozentzahl des fachfremden Unterrichts durch die Einführung des Faches Wirtschaft steigern wird.

Das Fach Wirtschaft soll, dem Entwurf folgend, von nun an auch in den Klassen 5 und 6 mit 2 Stunden unterrichtet werden. Gleichzeitig werden die Wochenstunden von 12 auf 14 angehoben. Des Weiteren wird der Lernbereich umbenannt: von „Arbeitslehre“ in „Wirtschaft und Arbeitswelt“. Damit verbunden ist eine Aufwertung des Faches Wirtschaft, die aus Sicht von DGB NRW und GEW NRW nicht gerechtfertigt ist.

Da der vorliegende Entwurf sich auf die APO S-I bezieht, sollte darüber nachgedacht werden, die Zentrale Prüfung im Fach Englisch für den Bereich des Hauptschulabschlusses im Abschlussverfahren nach 10A abzuschaffen. Es macht keinen Sinn, für ein Fach, das nicht mehr der Fächergruppe Deutsch und Mathematik beim 10A-Abschluss zugeordnet ist, diesen Aufwand zu betreiben. Freiwerdende Ressourcen können dann in den Bereich Informatik umgeschichtet bzw. dem neuen Lernbereich Wirtschaft und Arbeitswelt zugeschlagen werden.

3.2. Realschule

Das Fach Informatik wird in der Realschule ähnlich wie in der Hauptschule für die Klassen 5 und zu 6 mit 2 Stunden eingeführt. Auch an Realschulen gibt es kaum Lehrkräfte mit dem Fach Informatik. Es wird daher kaum möglich sein, die entstehenden Bedarfe ernsthaft zu decken. Dabei wären ausgebildete Lehrkräfte dringend notwendig, um auch die Kinder aufzufangen, die keine Möglichkeit haben Zuhause mit einem Computer zu arbeiten, zu üben und Hausaufgaben zu erledigen.

Das Fach Wirtschaft wird an der Realschule im Bereich der Gesellschaftslehre neu eingeführt. Von Klasse 7 bis 10 werden dem Lernbereich drei Stunden zugeschrieben, sodass sich eine Erhöhung der Wochenstunden insgesamt von 21 auf 24 ergibt. Auch für das Fach Wirtschaft gibt es das Problem des Lehrkräftemangels. Weder gibt es das Unterrichtsfach Wirtschaft als Studium, noch können die vorhandenen sozialwissenschaftlichen Lehrkräfte den Anstieg der Stundentafel ohne weiteres auffangen.

3.3. Sekundarschule

An der Sekundarschule werden sich im Zuge der Einführung dieser beiden Fächer ähnliche Probleme herausstellen. Es stellt sich die Frage, von wem das Fach unterrichtet werden soll, da es kaum studierte Informatiker*innen gibt. Das Angebot einer Fortbildung kann zwar grundsätzlich begrüßt werden, allerdings wird nicht deutlich, wie viele Lehrkräfte an den Fortbildungen teilnehmen können, welche Voraussetzungen es gibt und wie lange die Fortbildungen dauern. Besonders der zeitliche Rahmen erscheint kaum handhabbar zu sein, da das Fach bereits zum Schuljahr 2020/21 unterrichtet werden soll. Besonders skeptisch wird – wie in den anderen Schulformen – die Verortung in den Jahrgängen 5 und 6 gesehen. In einem Interview macht Martin Korte von der TU Braunschweig darauf aufmerksam, dass digitale Medien gerade für junge Schüler*innen oft nicht die richtigen Lernmittel sind.³ Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die Einführung in den Klassen 5

und 6 aus pädagogisch-didaktischer Sichtweise sinnvoll ist. Neben dieser pädagogischen Grundsatzfrage, sind viele Sekundarschulen räumlich und sächlich nicht gut ausgestattet, um einen Informatikunterricht den Anforderungen entsprechend umsetzen zu können. Wenngleich nun erste Mittel aus dem Digitalpakt an die Schulen fließen, erscheint es bis zum avisierten Start des Faches kaum möglich, alle Schulen hinreichend auszustatten.

Das Fach Wirtschaft wird auch für die Sekundarschule kritisch beäugt. Bisher war Wirtschaft Bestandteil des Lernbereiches Arbeitslehre – es ist unklar, warum es nun in den Bereich der Gesellschaftslehre verlegt wird. Das bedeutet zentral, dass neue schulinterne Lehrpläne geschrieben werden müssen, was für die Lehrkräfte vor Ort einen enormen Aufwand und eine Mehrbelastung bedeutet. Von nun an soll das Fach zum Bereich Gesellschaftslehre gehören und wird im Umfang von nur 0,75 Wochenstunden über vier Jahre erhöht. Gleichzeitig werden im ehemaligen Lernbereich Arbeitslehre zwei Stunden gestrichen. Nicht zu vergessen sind notwendige Neuanschaffungen von Lehrbüchern, welche insgesamt betrachtet hohe Kosten verursachen.

3.4. Gesamtschule

In der Gesamtschule wird der Lernbereich Arbeitslehre durch die Einführung des Faches „Wirtschaft-Politik“ in drei Einzelfächer aufgelöst: Wirtschaft-Politik, Hauswirtschaft und Technik. Das hat zur Folge, dass Schulen den Unterricht nicht mit Fachlehrkräften besetzen können. Lehrer*innen für Technik und Hauswirtschaft fehlen ohnehin schon und ein eigenständiges Lehramt Wirtschaft-Politik gibt es nicht, d.h. diese Stunden müssen von nun an von den Lehrkräften aus dem Bereich Gesellschaftslehre aufgefangen werden. Mit der Umstrukturierung der Stundentafel werden die Kollegien unnötig belastet, da auch hier neue schulinterne Lehrpläne ausgearbeitet werden müssen. Das ist in Zeiten hoher Arbeitsbelastung der Lehrer*innen eine zusätzliche Aufgabe seitens des Landes, die nicht fachlich begründet wird, sondern rein interessenspolitisch durchgesetzt wurde.

³ Vgl. Korte in https://www.general-anzeiger-bonn.de/region/voreifel-und-vorgebirge/bornheim/tablets-koennen-das-schulbuch-nicht-ersetzen_aid-44030159 (zuletzt am 17.12.2019).

Für das Fach Informatik lassen sich an der Gesamtschule die gleichen Einwände wie bei den anderen Schulformen formulieren: es fehlen Informatiklehrer*innen und es ist kaum zu erwarten, dass genügend Lehrkräfte zum Schuljahr 2021/2022 zu Verfügung stehen werden. Gleichzeitig sind die räumlichen und sächlichen Ausstattungen an den Schulen sehr verschieden, sodass es zunächst räumliche Standards bräuchte, um an allen Schulen einen gleichwertigen Informatikunterricht garantieren zu können.

Es ist ebenfalls unklar, wieso Informatik nur in den Klassen 5 und 6 unterrichtet werden sollte und nicht in höheren Klassenstufen. Diese Einführung erscheint – unabhängig der Sinnhaftigkeit des Faches im Allgemeinen – nicht zu Ende gedacht.

3.5. Gymnasium

Die Einführung des Faches Informatik zu diesem Zeitpunkt stellt für die Gymnasien eine äußerst ungünstige Situation dar. Für Lehrkräfte und Schulleitungen bedeutet dies erheblichen Mehraufwand, da nun die Stundentafel pro Schule wieder neu diskutiert und beschlossen werden muss. DGB NRW und GEW NRW kritisieren massiv diesen falschen Zeitpunkt. Wieso ist das Fach Informatik für die Gymnasien G9 nicht sofort mit der neuen Stundentafel eingeführt worden? Eine Änderung von Anlage 3c in Anlage 3a wäre dann nicht notwendig gewesen. Jetzt kommen erheblichen Abstimmungsgespräche auf die Fachkonferenzen und die Lehrer*innenkonferenz zu. Die Lehrkräfte und Schulleitungen empfinden dieses Vorgehen als Missachtung ihrer Arbeitszeit und ihres Einsatzes. DGB NRW und GEW NRW fordern daher mehr Flexibilität bei der Einführung des Faches Informatik am Gymnasium.

Hinzukommt die Tatsache, dass die Kernlehrpläne der Fächer Biologie und Physik nicht geändert werden sollen, so dass die verbindlichen Ziele für die Erprobungsstufe weiterhin gelten. Daher ist z.B. eine Kürzung des Faches Physik auf eine Unterrichtsstunde in der Erprobungsstufe nicht zulässig, da damit die verbindlichen Ziele nicht erreicht werden können. Also bleibt nur die Kürzung im Fach Biologie, was durch Ergänzungsstunden in der Erprobungsstufe durch die übrigen Verpflichtungen und den vorgegebenen Stundenumfang nur schwer aufgefangen werden kann. Diese Kürzung stellt eine erhebliche Belastung für das Fach Biologie dar. Es soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass damit das Fach Biologie offensichtlich von der angekündigten Stärkung des MINT-Bereichs ausgenommen werden soll, da hier im Vergleich mit der alten G9- und G8-Stundentafel eine effektive Kürzung stattgefunden hat. Das überrascht, da hier gesellschaftlich wichtige Bereiche wie Gesundheits- und Sexualerziehung behandelt werden. Außerdem sind die schulinternen

Lehrpläne für viele Schulen schon erarbeitet worden, die nun gegebenenfalls alle wieder geändert werden müssen.

DGB NRW und GEW NRW lehnen das Verfahren der Einführung des Faches Informatik zu diesem Zeitpunkt an den Gymnasien ab und schlagen dringend eine flexiblere Lösung vor, wie sie in der aktuellen APO SI festgeschrieben ist. Die Notwendigkeit in diesem Bereich verbindliche Inhalte an die Schüler*innen zu vermitteln, wird nicht verkannt, die Form der verbindlichen Zuordnung von 2 Informatikunterrichtswochenstunden allein für die Erprobungsstufe wird abgelehnt. Eine flexiblere Lösung, bei der auch die 7. Jahrgangsstufe mit einbezogen werden kann, ist auf Grund des schon durchgeführten Verfahrens der Umsetzung der „neuen Stundentafel G9“ an den Gymnasien dringend zu empfehlen.

Um die schon erstellten Stundentafeln nicht in großem Maße ändern zu müssen, wird vorgeschlagen, dass eine der beiden Informatikunterrichtswochenstunden an Gymnasien auch in der Jahrgangsstufe 7 unterrichtet werden darf. Hiermit könnten größere Verschiebungen in der Stundentafel vermieden werden. Die Argumente für die ausschließliche Zuordnung des Faches Informatik zur Erprobungsstufe überzeugen nicht. Im Sinne eines Spiralcurriculums ist eine Vertiefung in der 7. Jahrgangsstufe ebenso sinnvoll, wie ein Jahr eher. Die Grundlagen sind dann schon in der Erprobungsstufe durch das erste Jahr Informatik gelegt worden. In der 7. Klasse kann gegebenenfalls noch ein tieferer Grad an Erkenntnis im Fach Informatik vermittelt werden.

Ungeklärt bleibt auch die Bereitstellung der personellen und sächlichen Ressourcen, die zur Durchführung des Informatikunterrichts notwendig sind. Viele Schulen klagen über die schlechte digitale Ausstattung, die nur zögernd verbessert wird – trotz Digitalpakt. Insbesondere qualifizierte Informatiklehrkräfte fehlen an den Schulen und können auch nicht bis zum Schuljahr 2021/22 gewonnen werden. Diese Personen fehlen dann auch in der schulinternen Lehrplanentwicklung. Das Fehlen des Informatik-Kernlehrplans zum jetzigen Zeitpunkt lässt den Schulen keine ausreichende Vorbereitungszeit. Denn abhängig vom Kernlehrplan Informatik müssen gegebenenfalls auch andere Lehrpläne überarbeitet werden, in denen die zurzeit geforderte informatische Bildung und der Medienpass bereits integriert wurden. DGB NRW und GEW NRW fordern daher eine Verschiebung der Einführung um mindestens ein Schuljahr.

Abschließend soll allerdings noch der Versuch begrüßt werden, die Aufnahme an den NRW-Sportschulen auf einen soliden Grund zu stellen. Es wird begrüßt, dass die Aufnahme von „Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern“ an eine sportliche Eignung geknüpft wird, die durch eine sportpraktische Prüfung nachzuweisen ist. Gleichzeitig soll angeregt werden, zu prüfen, ob bei der Aufnahme geeigneter Schüler*innen nicht

noch weitere Aspekte gemäß § 1 Absatz 2 dieses Entwurfes pro Schule zusätzlich festgelegt werden können, um auch diesen Aspekten für die Schulentwicklung entgegen zu kommen.

4. Abschließende Betrachtungen

Grundsätzlich kristallisieren sich nach der Betrachtung für DGB NRW und GEW NRW einige Probleme heraus, die dringend bedacht werden müssen. Dass das Ministerium versucht hat, an der Gesamtwochenstundenzahl von 188 Stunden festzuhalten, wird begrüßt. Gleichzeitig sehen es DGB NRW und GEW NRW als außerordentlich problematisch an, dass dieses Festhalten nur durch eine Reduktion der Ergänzungsstunden möglich war. Aus der Sicht der von DGB NRW und GEW NRW müssen die Ergänzungsstunden unberührt bleiben, um individuelle Förderung weiterhin im jetzigen Umfang zu ermöglichen, aber auch um pädagogische Profile von einzelnen Schulen weiterhin zuzulassen. Insbesondere angesichts der Ergebnisse von PISA 2018, die erneut auf die enge Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg hinweisen, ist es hochgradig fragwürdig, die Stundenzahl für individuelle Fördermaßnahmen zu reduzieren. Die Stundentafel auf Kosten der Ergänzungsstunden weiter zu füllen, zeugt davon, dass hier das Ministerium interessenpolitische und dementsprechend prestigehafte Projekte verwirklichen will, ohne allerdings die Bedingungen vor Ort zu berücksichtigen. Hier wird Interessenpolitik auf dem Rücken der Kinder betrieben, die sozial schwächer gestellt sind und bisher von den Ergänzungsstunden profitiert haben.

Weiterhin fehlt beim Fach Informatik Grundsätzliches. Es gibt nicht nur kaum Lehrkräfte für dieses Fach, wodurch eine ernsthafte Einführung des Faches flächendeckend an allen Schulformen kaum möglich sein wird. Es fehlt darüber hinaus auch an einer grundlegenden Regelung beim technischen Support. Lehrkräfte dürfen nicht mit dem Support betreut werden, sondern sollten sich weiterhin auf das Unterrichten konzentrieren können. Ohne eine verlässliche Regelung des Supports bedeutet die Einführung des Faches Wirtschaft für die Lehrer*innen eine steigende Belastung. Die Einführung des Faches in den Klassen 5 und 6 ist ebenso kritisch zu betrachten, da nicht deutlich wird, wie es zu dieser Zuordnung kommt. Es könnte dagegen sinnvoll sein, Informatik in höheren Klassen einzuführen, um den Übergang Schule-Beruf auch hinsichtlich des Umgangs mit digitalen Medien zu gestalten. Ob dafür ein eigenes Fach Informatik gegenüber einer interdisziplinären Medienbildung überlegen ist, bleibt angesichts der vorliegenden Stundentafel und dem Fehlen der Kernlehrpläne weiterhin fraglich. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass mehrere Expert*innen darauf hinweisen, dass schwächere Schüler*innen beim Einsatz von digitalen Medien eher zurückfallen,

während stärkere Schüler*innen profitieren. Ohne genügend ausgebildete Informatik-Lehrkräfte wird die Heterogenität der Lerngruppen wachsen und soziale Ungleichheit weiter reproduziert.⁴

Zertifikatskurse könnten das Problem der fehlenden Fachlehrer*innen (auch im Fach Wirtschaft) kurzfristig lösen. Allerdings sind die teilnehmenden Lehrer*innen für die Dauer der Kurse von Teilen ihrer Pflichtstunden entbunden, sodass sich der Lehrer*innenmangel in einer Situation des gravierenden Mangels erhöht.

Während es bei der Einführung des Faches Informatik lediglich einige Bedenken gibt, wird die Einführung des Faches Wirtschaft von DGB NRW und GEW NRW dagegen strikt abgelehnt. Es gibt keine berechtigte wissenschaftliche Grundlage, die die Einführung des Faches notwendig erscheinen lassen würde. Ganz im Gegenteil ist es historische und politische Bildung, die nicht nur quantitativ benachteiligt ist, sondern in denen auch weniger Wissen bei den Schüler*innen vorhanden ist. So zeigt eine Umfrage der Körber Stiftung das erschreckende Ergebnis, dass weniger als die Hälfte der 14- bis 16- Jährigen – nur 47 Prozent – weiß, was Auschwitz-Birkenau war.⁵ Dieser eklatante Mangel an historischer und politischer Bildung ist in Zeiten des steigenden Rechtspopulismus und auch -extremismus gefährlich. Es wäre wünschenswert, wenn sich das Ministerium deutlich zu dieser Schieflage verhalten hätte und angesichts der dauerhaften Gefahren durch Antisemitismus, Homophobie, Rassismus und Sexismus deutlich für historische und politische Bildung ausgesprochen hätte.

⁴ Vgl. Reinmann-Rothmeier, G. (2001): Bildung mit digitalen Medien. Möglichkeiten und Grenzen für Lehren und Lernen. In: Schindler, W./Bader, R./Eckmann, B. (Hrsg.): Bildung in visuellen Welten. Praxis und Theorie außerschulischer Bildung mit Internet und Computer. Frankfurt a. M.: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik.

⁵ Siehe dazu: https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_internationale-verstaendigung/pdf/2017/Ergebnisse_forsa-Umfrage_Geschichtsunterricht_Koerber-Stiftung.pdf (zuletzt am 18.12.2019).